Letzte Aktualisierung: 6. März 2025

STANDPUNKT

Trump trifft die Frauen besonders hart

Von Angela Bähr & Jan Kreutzberg

Angela Bähr und Jan Kreutzberg. (Simona Bednarek/DSW, DSW)

Die Kürzungen der US-Entwicklungshilfe treffen Afrika hart. Frauen und Mädchen sind besonders bedroht, warnen Angela Bähr und Jan Kreutzberg von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung.

Die USA ziehen sich aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zurück, und derzeit sieht es nicht danach aus, als würden sie nach der zunächst gesetzten Frist von 90 Tagen zurückkehren. Der Ausfall des größten globalen Geldgebers trifft besonders die Ärmsten der Welt, und unter ihnen die Frauen in besonderem Maße. Alleine das Einfrieren der Gelder von USAID für besagte 90 Tage sorgt nach Berechnungen des Guttmacher-Instituts dafür, dass 11,7 Millionen Mädchen und Frauen der Zugang zu Gesundheitsdiensten und Verhütungsmitteln verwehrt bleibt. Die Folge: Über vier Millionen unbeabsichtigte Schwangerschaften, von denen über 8.300 aufgrund von Komplikationen oder unsicheren Abbrüchen tödlich enden könnten. In diese Prognosen noch nicht mit eingerechnet sind die Folgen des Rückzugs der Amerikaner aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie die erst vergangene Woche erfolgte Aufkündigung jeglicher Unterstützung des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) ebenso wie für UNAIDS.

Mit dem einst vom republikanischen Präsidenten George W. Bush ins Leben gerufenen President's Emergency Plan for Aids (PEPFAR) waren die USA im Bereich der HIV/Aids-Forschung, -Behandlung und -Bekämpfung Vorreiter und mit rund 80 Prozent der internationalen Hilfsmittel der mit Abstand größte Geldgeber. Das Aussetzen dieser Programme hat dramatische Folgen nicht zuletzt für die Frauen, die in Subsahara-Afrika einem dreimal höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind als die Männer. Kliniken schließen schon jetzt, antiretrovirale Medikamente, die nicht nur lebenserhaltend sind, sondern auch die Übertragung verhindern, stehen bald nicht mehr zur Verfügung.

Mit UNFPA haben die USA einst eine Schlüsselorganisation für nachhaltige Bevölkerungsentwicklung und die Umsetzung von reproduktiven Rechten mitbegründet. Einer ihrer größten Erfolge ist die Reduzierung der Müttersterblichkeit in den vergangenen 30 Jahren um mehr als 30 Prozent. Sie steht für den Schutz der Frauen vor sexualisierter Gewalt, insbesondere in Kriegs- und Krisengebieten. Vor allem aber setzt sich UNFPA dafür ein, Mädchen und Frauen in die Lage zu versetzen, selbst zu entscheiden, ob, wann und mit wem sie wie viele Kinder bekommen. Dazu gehört der Zugang zu Gesundheitsdiensten und Verhütungsmitteln ebenso wie die Bildung und Aufklärung vor allem junger Menschen zu ihren reproduktiven und sexuellen Rechten. Hier wurden in den vergangenen 30 Jahren erhebliche Fortschritte erzielt: Die Zahl der Frauen, die verhüten, hat sich verdoppelt, 162 Länder haben Gesetze gegen häusliche Gewalt verabschiedet, und nicht zuletzt ist die weibliche Genitalverstümmelung weltweit offiziell verboten, auch wenn der Kampf dagegen noch lange nicht gewonnen ist.

Doch die neue US-Administration hat dem Einsatz für die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte nicht nur die finanzielle Unterstützung aufgekündigt, sondern ideologisch den Kampf angesagt: Die sogenannte Global Gag Rule für noch existierende Vertragspartner von USAID verbietet jedwede Förderung für Informationen zu Verhütung und Familienplanungsprogrammen, Aufklärung zu Diversity, gleichberechtigtem Zugang und Inklusion. Im Klartext bedeutet dies, dass armen Frauen und Mädchen der Zugang zu sexueller Aufklärung und Verhütungsmitteln verwehrt und dem Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit und -vielfalt der Boden entzogen wird.

Auch wenn zuletzt in immer mehr afrikanischen Ländern und Regierungen ultrakonservative Kräfte wieder Oberhand gewonnen haben, kann der finanzielle Kahlschlag, den die quasi komplette Einstellung der US-Entwicklungszusammenarbeit in diesen Tagen bedeutet, keinen freuen. Die Auswirkungen sind unmittelbar: Bereits wenige Tage nach Unterzeichnung der Dekrete erfolgten die ersten Entlassungen, inzwischen sind ganze Kliniken geschlossen.

Nicht anders als in Fragen der Sicherheit zeigt sich auch in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit die enorme Dominanz der USA und eine daraus folgende Abhängigkeit. Über 30 Prozent der öffentlichen Entwicklungsgelder (Official Development Assistance, ODA) kamen bislang aus den USA. Allerdings hatte die größte Volkswirtschaft der Welt damit dennoch gerade mal 0,18 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens in ODA investiert und blieb weit hinter den 0,7 Prozent zurück, zu denen sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen einst verpflichtet haben.

Dieses Ziel sollte auch für die kommende Bundesregierung oberstes Gebot sein. Denn im Sinne einer erweiterten Sicherheits- und Friedenspolitik gilt es, soziale Grundrechte wie Bildung und Zugang zu Gesundheit für die gesamte Bevölkerung in Entwicklungsländern sicherzustellen. Europa als Verbund demokratischer Staaten und unter ihnen besonders ein an demokratischen Werten orientiertes Deutschland sollte nicht tatenlos zuzusehen, wie ganze Gesundheits- und sonstige Versorgungssysteme zusammenbrechen. Neben dem Gebot der Menschlichkeit liegt es im ureigenen wirtschafts- und nicht zuletzt geopolitischen Interesse, den afrikanischen Partnern auf Augenhöhe zu begegnen und beim Aufbau von inklusiven und gerechten Gesundheitssystemen zur Seite zu stehen, um zukunftsfähige Gesellschaften mit starken und gesunden Jugendlichen und selbstständigen Mädchen und Frauen zu unterstützen.

Jan Kreutzberg ist Vorstandsvorsitzender der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW). Angela Bähr ist Vorständin der Programme

Mehr zum Thema

NEWS | Belarus

Belarus: Lukaschenko-Gegner befürchten Nachteile wegen Trump

Trumps politische Neuausrichtung birgt auch negative Konsequenzen für Belarussen. Exilmedien sind von der Streichung von USAID-Hilfen betroffen.

Von Anna Tayts

Security

EXKLUSIV ANALYSE | Gesundheitspolitik

Krankenhausreform: Länder fordern Änderungen – doch der Bund bremst

Die Bundesländer wehren sich weiter gegen die Ausgestaltung der Krankenhausreform. Im Bundesrat haben sie 24 Änderungsanträge zum Transformationsfonds verabschiedet. Das Bundesgesundheitsministerium weist diese zurück – und argumentiert mit rechtlichen Bedenken.

Von Maximilian Stascheit

Berlin

CEO NEWS

Weniger als ein Drittel der deutschen Führungskräfte sind weiblich.

Frauen sind in Führungspositionen deutscher Unternehmen weiterhin stark unterrepräsentiert. Das geht aus einer Auswertung der Schufa anlässlich des Weltfrauentags hervor.

Von Jeanne Vesper

CEO